

Beantwortung der Wahlprüfsteine des Berufsverbandes Information Bibliothek e.V.
Landesgruppe Niedersachsen/Bremen

Wahlprüfstein Nr. 1

Wie will Ihre Partei künftig sicherstellen, dass die durch das Land oder mittelbar durch den Bund geförderten wissenschaftlichen Einrichtungen und Forschungsprojekte eine ausreichende Informations- und Literaturversorgung erhalten?

Antwort der SPD

Zukünftige Landesregierung müssen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten den Anspruch aller Bürgerinnen und Bürger auf gleichwertige Lebensverhältnisse einlösen. Sie müssen die wirtschaftlichen Stärken aller Regionen ausbauen. Sie müssen dafür sorgen, dass für alle Menschen in allen Teilen unseres Landes die bezahlbare Versorgung mit den Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten bleibt. Dabei dürfen auch Bibliotheken nicht zur Disposition gestellt werden. Der Zugang zu Bildung ist als öffentliches Gut eine Zukunftsinvestition. Dabei hat auch der Zugang zu (wissenschaftlichen) Informationen einen hohen Stellenwert. Wir wollen diese Attraktivität des Hochschul- und Forschungsstandortes Niedersachsen weiter erhöhen. Dazu gehört selbstverständlich auch eine auskömmliche Finanzierung.

Wir wollen in Niedersachsen die Potenziale unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen für Innovation nutzen, die Qualifikation der Beschäftigten verbessern und mehr junge Menschen als bisher motivieren, ein Studium zu beginnen. Gemeinsam mit der Wissenschaft müssen die Voraussetzungen für neue Dienstleistungen in diesem Umfeld geschaffen werden. Effiziente Systeme zur Nutzung von wissenschaftlicher Information sowie zur Publikation eigener Erkenntnisse sind wichtigste Faktoren zur Beschleunigung des Wissenstransfers. Es geht dabei darum, den Zugang zur weltweiten wissenschaftlichen Information für jeden und jede zu jeder Zeit und von jedem Ort zu fairen Bedingungen sicherzustellen. Wir werden den Paradigmenwechsel in der wissenschaftlichen Information auch in Zukunft mit unserer Förderpolitik begleiten.

Gerade wissenschaftliche Publikationen entstehen in immer größerem Umfang in virtueller Form. Um die Dokumente trotz des rasanten Technologiewechsels lesbar zu erhalten, müssen technische und organisatorische Vorkehrungen getroffen werden. Wir unterstützen Bestrebungen und Bemühungen, das kulturelle Erbe auch in digitaler Form langfristig zu nutzen und zu bewahren. Damit verbunden ist die Aufgabe, den Auftrag und die Struktur des bestehenden Bibliothekswesens dahingehend zu erweitern, dass elektronische Dokumente, das digitale Erbe, langfristig archiviert und dokumentiert werden können.

Medien sind dabei zu einem unverzichtbaren Bestandteil unseres Alltags geworden. In allen Lebensbereichen – Familie, Bildung, Arbeit, Freizeit – eröffnen sie nie da gewesene Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Die Politik ist gefordert, diesen Prozess mitzugestalten, die daraus resultierenden Chancen zu ergreifen und mögliche Gefahren zu vermeiden. Deshalb wollen wir die gesellschaftliche Teilhabe und den Zugang zum Wissen für alle erweitern, die davon ausgehenden Gefahren

verhindern und einer drohenden Spaltung unserer Gesellschaft in Menschen mit und ohne Medienkompetenz entgegenwirken.

Wir werden die Vermittlung von Medienkompetenz in allen Bereichen der Bildung vorantreiben. Sie wird fester Bestandteil von Bildung und Erziehung in Schulen, Kindertagesstätten und der Weiterbildung. Sie müssen eine Ausstattung erhalten, wie sie mit der „Initiative 21“ bis 2003 vorangetrieben wurde. Nur eine systematische Schulung und eine kontinuierliche Information auch der Eltern garantieren Schutz vor den Gefahren der Neuen Medien und verhelfen zur souveränen Nutzung.

Wahlprüfstein Nr. 2

Sieht Ihre Partei es als Ihre Aufgabe an, diese Entwicklung auch auf der Ebene der öffentlichen Bibliotheken für alle Bevölkerungsschichten gezielt zu fördern?

Antwort der SPD

Ja. Siehe unter Nr. 1

Wahlprüfstein Nr. 3

- a.) Sollte es aus Ihrer Sicht auf Landesebene eine Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit von Schulen und Bibliotheken geben?**
- b.) Welchen Stellenwert hat für Sie die Einbindung von Öffentlichen Bibliotheken im Bereich der Ganztagsbetreuung?**
- c.) Sehen Sie es als eine Aufgabe des Landes an, die Zusammenarbeit von Schulen und Bibliotheken finanziell zu fördern?**
- d.) Sind in diesem Zusammenhang entsprechende Förderprogramme für die Ausstattung Öffentlicher Bibliotheken (Personal, Räume, Informationstechnologie, finanzielle Mittel) geplant?**

Antwort der SPD

Insbesondere Ganztagschulen bieten für Bibliotheken eine organisatorische und inhaltliche Perspektive für die Kooperation und sind auch für die Gestaltung der vollwertigen Ganztagschule ein wichtiges Element. Alle sind sich einig, dass mehr individuelle Förderung nötig ist. Ein rhythmisierter Schultag, der Zeit lässt zum konzentrierten Arbeiten und Entspannen, zum Üben und Ausprobieren, zum Musizieren und zum Miteinander von Schülern und Schülerinnen und Lehrkräften, lässt auch Zeit zum Fördern und zum Ausgleich milieubedingter Defizite. Solche

Ganztagsschulen wünschen wir uns für die niedersächsischen Schülerinnen und Schüler und die Lehrkräfte, die mit ihrem pädagogischen Können, mit Idealismus und Engagement Konzepte entworfen haben und umsetzen wollen. Uns geht es um wirkungsvolle Ganztagsschulen, die den Namen verdienen, um Ganztagsschulen, die zusätzliche Mittel erhalten und in der Lage sind, die Unterrichtsqualität zu steigern, individuell zu fördern, Defizite auszugleichen und Chancengleichheit zu realisieren. Dazu wird die SPD ein 12 Mio. Euro Sofortprogramm auflegen. Kooperations- und Zielvereinbarungen sind ein geeignetes Instrument, um Planungssicherheit zu gewährleisten. Bildung kann nicht kostenneutral sein. Insbesondere im Bildungsbereich muss die Demografierendite genutzt werden. Wer in die Bildung investiert, investiert in die Zukunft. Das ist für die SPD niedersachsendgerechter.

Wahlprüfstein Nr. 4

Würden Sie als Landespartei die Schaffung einer solchen Kooperationseinrichtung unterstützen?

Die Bedeutung der Bibliotheken als moderne Dienstleister für Wirtschaft, Wissenschaft und Wissensgesellschaft ist unbestritten, eine BibliotheksEntwicklungsAgentur könnte koordinieren und steuern helfen. Die Idee zur Einrichtung einer BibliotheksEntwicklungsAgentur (BEA) fand die Zustimmung in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. Bildung, Wissenschaft und Kultur sind in erster Linie Ländersache. Eine solche Agentur kann aus unserer Sicht nur mit Zustimmung aller Länder ins Leben gerufen werden. Dabei muss der eindeutige Auftrag für diese Aufgaben, die Kompetenzen sowie die Finanzierung der Länder und des Bundes klar definiert werden. Nur dann ist eine BEA handlungsfähig und auch im Interesse des Landes Niedersachsen.

Wahlprüfstein Nr. 5

Wird Ihre Partei anstreben, die öffentlichen Bibliotheken in Niedersachsen als kommunale Pflichtaufgabe in einem Bibliotheksgesetz zu verankern?

Grundsätzlich sind Bibliotheken Bestandteil der öffentlichen Daseinsfürsorge und wichtiges Kulturgut. Im Rahmen der Diskussion, wie diese Aufgaben unter veränderten Rahmenbedingungen ausgestaltet werden, gilt grundsätzlich, dass diese Aufgaben auch künftig zur Daseinsvorsorge gehören. Die kommunale Trägerschaft macht in diesem Rahmen grundsätzlich Sinn. Auch wenn wir den Hintergrund Ihrer Forderung – nämlich Planungssicherheit – begrüßen und unterstützen, sind gesetzliche Grundlagen dazu nur begrenzt geeignet.